

Repetitorium Radiologie der Akademie der LÄKH

Das Repetitorium Radiologie der Akademie der Landesärztekammer Hessen richtet sich an Kollegen und Kolleginnen am Ende ihrer Weiterbildung im Gebiet Radiologie und bietet die Möglichkeit, den eigenen Wissensstand zu überprüfen und gegebenenfalls Lücken zu schließen.

Nach einem theoretischen Input zu Aspekten des Strahlenschutzes wird an jedem Veranstaltungstag die Methodenzusammenfassung zu wesentlichen radiologischen Untersuchungsverfahren, inklusive MRT und Sonografie, vermittelt. Im An-

schluss daran werden durch Fachvorträge die Möglichkeiten der bildgebenden Diagnostik und Intervention bei Erkrankungen des Thorax, des Abdomens, des Skelettsystems (einschließlich Wirbelsäule und Gelenke), der Gefäße und der Mamma vorgestellt. Abgerundet wird der Themenkatalog mit Vorträgen zur radiologischen Diagnostik in der Urologie und der Gynäkologie sowie zu den Gebietschwerpunkten Kinder- und Neuroradiologie. Jeder Veranstaltungstag schließt mit Fallvorstellungen und praktischen

Übungen, so dass am Ende der Woche ein konzentrierter Überblick über den aktuellen Stand von Klinik, Wissenschaft und Technik im Gebiet Radiologie vermittelt wurde. **Anmeldung: siehe Seite 439.**

Dr. med. Susan Trittmacher
 Fachärztin für
 Radiologie
 und ärztliche Leiterin
 des Repetitoriums
 Radiologie



Foto: Isolde Asbeck

Berufspolitik

Medinetze kämpfen für anonymen Behandlungsschein

Bündnis erntet parteiübergreifend Zustimmung für seine Petition an den Landtag

Die Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen haben ihn wiederholt gefordert. Er steht im schwarz-grünen Koalitionsvertrag: Alle befürworten den anonymen Krankenschein, und dennoch geht es damit nicht voran. Die Medinetze Gießen und Marburg wollen mehr tun, als die Folgen für Betroffene zu mindern. Nach ihrer Erfahrung kann die individuelle Vermittlung eines Arztes nicht ein vom Staat finanziertes Hilfsangebot ersetzen. Deshalb sind die Medizinstudentinnen und Medizinstudenten politisch aktiv geworden: Sie haben für eine Petition rund 2.100 Unterschriften gesammelt, die die Medinetze mit anderen Bündnispartnern jüngst der Landespolitik übergaben: „Wir fordern eine flächendeckende und anonyme Möglichkeit zur medizinischen Behandlung (Anonymer Behandlungsschein) und Krankenversicherungs-Beratung (Clearingstellen) in Hessen!“

Das Wort flächendeckend ist den Initiatoren wichtig. Denn in Hessen gibt es neben ehrenamtlichen Initiativen nur vereinzelt öffentlich finanzierte Anlaufstellen für Menschen mit keiner oder unzureichender Krankenversicherung. Beispiel Wiesbaden: Die vom Diakonischen Werk betriebene Teestube hat im Dezember 2020 ihre humanitäre Sprechstunde um eine „Krankenversicherungsclearingstelle“ erweitert. Neben konkreter Einzelhilfe erfahren Betroffene, wie sie in die gesetzliche oder private Krankenkasse kommen

können. Die Beratung erfolgt kostenfrei, vertraulich und auf Wunsch anonym. Sie wird gefördert vom städtischen Amt für Zuwanderung und Integration.

Oder Frankfurt: Im Februar 2021 startete am Gesundheitsamt das zunächst auf zwei Jahre angelegte Pilotprojekt „Clearingstelle 1.0“. Mittwochnachmittags können Bürgerinnen und Bürger in den Räumen der Humanitären Sprechstunden ihre Fragen zu Sozial- und Krankenversicherung stellen. Das Personal für die Beratung kommt vom Fachbereich „Soziale Arbeit und Gesundheit“ der Frankfurt University of Applied Sciences, die Kosten trägt das Jugend- und Sozialamt. Angeschlossen ist das Projekt an einem bundesweit bestehenden Netzwerk von Clearingstellen, wie es sie in Berlin, Hamburg, Thüringen oder Nordrhein-Westfalen schon länger gibt.

Der Haken: Die Angebote wenden sich alleine an Hilfesuchende aus den beiden Städten. Wer im Odenwald wohnt oder im Schwalm-Eder-Kreis hat schlechte Karten, hieß es bei der Kundgebung im Anschluss an die Petitionsübergabe. Die gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen erhielten Gelegenheit, Stellung zu beziehen. Die Linke verwies auf einen Gesetzentwurf dazu, den sie vor zwei Jahren in den Landtag eingebracht hatte. Die FDP zeigte sich „sehr aufgeschlossen“. Die SPD begrüßte ebenfalls die Initiative und nahm die Peti-

tion zum Anlass noch einmal Anfragen an die Regierung gestellt. Der Vertreter der Union versprach, dass die schwarz-grüne Koalition noch in dieser Legislatur liefern werde. Pandemie und der Krieg in der Ukraine seien schuld an der Verzögerung. Der Sprecher der Grünen sicherte ebenfalls seine Unterstützung zu, kündigte aber in zwei Punkten Bedenken an: Die Übernahme der Kosten für Selbstständige, die aus der Privatversicherung rausgeflogen sind, könnte zu Missbrauch führen. Und eine Clearingstelle in jedem Landkreis sowie jeder Kommune sei nicht zwingend.

Wie aus einer Antwort auf eine SPD-Anfrage hervorgeht, prüft die Landesregierung derzeit ein von den Medinetzen Gießen und Marburg erstelltes Konzeptpapier. Expertise hole man sich beim Sozialministerium in Rheinland-Pfalz, das seit September 2019 eine Clearingstelle betreibt, und beim Gesundheitsamt Frankfurt. Laut Koalitionsvertrag will Schwarz-Grün die Einführung eines Fonds zur anonymen Krankenbehandlung prüfen. „Dabei können Modelle des anonymen Krankenscheins aus anderen Ländern Vorbild sein.“

Jutta Rippgather



Foto: Katja Kölsch